

Bonn und Teheran beleben gemeinsame Wirtschaftskommission

Iran will der Bundesrepublik Vorrangstellung beim Wiederaufbau geben

Teheran (dpa). Iran und die Bundesrepublik haben gestern beschlossen, die gemeinsame Wirtschaftskommission, die seit der islamischen Revolution 1979 nicht mehr getagt hat, wieder zu aktivieren. Eine entsprechende Vereinbarung wurde vom iranischen Vize-Wirtschaftsminister Majedi und dem Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium, von Würzen, zum Abschluß viertägiger Gespräche über eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit in Teheran unterzeichnet.

Die gemeinsame Kommission, in der Vertreter der Wirtschaft und der Regierungen sitzen, soll im 1. Vierteljahr 1989 zu ihrer ersten Sitzung zusammentreten. Sie soll nach Möglichkeiten und Ansatzpunkten für neue Formen der Kooperation suchen, die Abwicklung der Geschäftsbeziehungen erleichtern und Schwierigkeiten beseitigen, die sich etwa aus unterschiedlichen Gesetzen und Bestimmungen ergeben.

Staatssekretär von Würzen zog zum Abschluß seiner Gespräche eine positive Bilanz, wobei er die iranische Bereitschaft hervorhob, den Deutschen eine Vorrangstellung bei Projekten für den Wiederaufbau nach acht Jahren Krieg zu geben. Teheran setze große Erwartungen in die Bundesrepublik und bringe ihr einen großen Vertrauensvorschub entgegen, sagte von Würzen vor Vertretern der deutschen Wirtschaft anläßlich der Teheraner Handelsmesse. Die Bundesrepublik stellt dort mit über 70 Ausstellern das größte Kontingent.

Iran ist zur Zeit der wichtigste Absatzmarkt der deutschen Exportindustrie im Nahen und Mittleren Osten.

Offizielle Zahlen über Verluste

Nikosia (AP). Iran hat jetzt erstmals offizielle Zahlen über seine Verluste im acht Jahre dauernden Krieg gegen Irak bekanntgegeben.

Der Minister für Islamische Führung und Kultur, Chatami, teilte mit, auf iranischer Seite seien insgesamt 123 220 Angehörige militärischer oder paramilitärischer Einheiten und rund 11 000 Zivilpersonen ums Leben gekommen. 60 711 Männer seien als vermißt gemeldet, und man nehme an, daß viele von ihnen sich in irakischer Gefangenschaft befänden.

Von den getöteten Kämpfern hätten die Revolutionsgarden (Pasdaran) mit fast 80 000 Toten die größten Verluste zu beklagen, während die regulären Streitkräfte über 35 000 Mann verloren hätten. Von der paramilitärischen Gendarmerie seien über 5000 Angehörige gefallen. Der Rest der Verluste verteile sich auf das Dschihad-Bau-Corps, eine Art Pioniereinheit, und Angehörige von Revolutionskomitees. Die 11 000 Zivilpersonen seien in ihrer großen Mehrheit dem sogenannten Städtekrieg, gegnerischen Luft- und Raketenangriffen auf Städte im Hinterland der Front, zum Opfer gefallen.

Die von Chatami genannten Zahlen liegen weit unter den bisherigen Schätzungen von rund 300 000 iranischen Kriegsoptionen, die von westlichen Militärexperten für zurückhaltend angesehen werden. Irak hat von 800 000 getöteten Iranern gesprochen.

Angaben über Verwundete machte der iranische Minister nicht, doch wird ihre Zahl von westlichen Experten auf etwa 600 000 bis 700 000 geschätzt. Diesen Schätzungen zufolge hat der Krieg auf irakischer Seite 120 000 Tote und 300 000 Verwundete gefordert. Offiziellen Angaben vom Juli zufolge befinden sich in irakischer Hand 18 000 iranische und in Iran 46 000 irakische Kriegsgefangene. Doch wird ihre Zahl inoffiziell auf 35 000 beziehungsweise 70 000 geschätzt.

AA000102

Tgsp. 20.9.88

Ummut über
Genschers Linie
gegenüber Iran

Blatt 1.11.88 UR Bonn

Der Ummut über die Linie von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) gegenüber den Menschenrechtsverletzungen in Iran reicht bis in alle Fraktionen des Bundestages in Bonn hinein. Dies machte nach Angaben aus Teilnehmerkreisen eine einstündige Diskussion deutlich, die im Unerwarteten Menschenrechte des Auswärtigen Ausschusses gestern hinter verschlossene Türen stattfand. Es wurde moniert, daß Minister Genscher augenscheinlich die Anprangerung der Menschenrechtsverletzungen in Iran einer Vermittlerrolle im Golfkonflikt unterordne.

Der SPD-Außenpolitiker Voigt sieht hierin „Leisetererei“. Der Abgeordnete der Grünen, Lippelt, moniert, daß über die Sechs von Sharpeville oder die 15 von der Todesstrafe bedrohten Chilenen in der Öffentlichkeit breit diskutiert werde, nicht aber über die wohl 2000 Opfer eines inneren Terrors in Iran. In der Union herrscht die Auffassung, daß sich die Kampfbereitschaft nach außen hinweisen nach innen gekehrt hat. Von den Freien Demokraten wird darauf hingewiesen, daß ein Parlament Menschenrechtsverletzungen leichter anprangern kann als eine Regierung.

AA000101